

Gemeinsame Forderungen zur hessischen Landtagswahl 2023

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen und der BUND Landesverband Hessen setzen sich für eine sozial-ökologische Wende in Hessen ein und schlagen daher den Parteien vor, für die kommende Legislaturperiode folgende Ziele zu setzen:

- Verpflichtung, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soziale und ökologische Kriterien sowie Tariftreue als verbindliche Auswahlkriterien anzuwenden.
- Bundesweites 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Nahverkehr für alle und für Menschen mit geringem Einkommen ein bundesweites 9-Euro-Monatsticket. Das 31-Euro-Ticket Hessen für Menschen mit geringem Einkommen ist noch zu teuer. Das Deutschland-Ticket sollte ohne Schufa-Prüfung am Fahrkarten-Schalter erhältlich sein.
- Flächendeckender und barrierefreier Ausbau des ÖPNV und seine Umstellung auf nachhaltigen Antrieb, insbesondere auch im ländlichen Raum Mobilität durchgängig und eng getaktet mit Elektrobussen garantieren. „On demand“-Busse müssen ohne Aufpreis im Deutschland-Ticket integriert werden.
- Umweltfreundliche Verkehrsarten – zu Fuß gehen, Radfahren, ÖPNV – gegenüber dem Autoverkehr privilegieren, kein weiterer Ausbau der Autobahnen, Tempolimit auf allen Straßen (100 Autobahnen/80 Landstraßen/30 innerorts nach Entscheidung der Kommunen)
- Landesprogramm für Energiespar-Beratungen für Bürger*innen mit auskömmlicher Bezuschussung energiesparender Elektrogeräte für Menschen mit geringem Einkommen in allen Kommunen, nach dem Modell des „Stromspar-Checks“. Die Landesförderung für „Hessen checkt Strom“ wird begrüßt, weiterer landesweiter Ausbau ist das Ziel.
- Natur und Umwelt bei der Bebauung schützen, Flächenversiegelung vermeiden, Städte begrünen und Stadtnatur sicherstellen.
- Keine Steigerung der Warmmiete durch die Kostenumlage energetischer Sanierung, ein Landesprogramm für die energetische Sanierung von bezahlbarem Wohnraum, Sicherstellung der Warmmietneutralität energetischer Sanierung bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.
- Durch das Land finanzierte Beratungsgutscheine für Menschen mit geringem Einkommen, damit diese bei Mieterschutzvereinen Nebenkosten- und (energetische) Modernisierungskostenumlagen überprüfen lassen können, um sicherzustellen, dass Instandhaltungskosten vom Vermieter getragen werden.
- Landesförderprogramm für gemeinnützige soziale Träger zur energetischen Gebäudesanierung, zur dezentralen Nutzung nachhaltiger Energie (PV, Balkon-PV) und zur Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts, unter anderem mit Elektro-Fahrzeugen, der Anpassung an den Klimawandel (v.a. Alten- und Pflegeheime)
- Ausbau der Umwelt- und Klimaschutzbildung für alle Generationen, verbindliche Aufnahme des Themas in den Bildungs- und Erziehungsplan, die Curricula der Schulen sowie Förderung außerschulischer Bildungsangebote freier Träger und Verbände.